

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Filial-Expeditionen für die
Bereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Wm. Lueders,
409 Maystr. Chicago, Ill.
Peter Hah,
8. W. Corner Third and
Coates str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
Für Preußen incl. Stempel-
steuer 21 1/2 Sgr., für die
übrigen Deutschen Staaten
16 Sgr. pro Quartal.
Monats-Abonnements
werden bei allen Deutschen
Postanstalten auf den 1ten
u. 3ten Monat und auf den
3ten Monat besonders an-
genommen, mit Sgr. Sachsen
u. Erzst. Sachl.-Altenburg
auch auf den 1ten Monat
à 5 1/2 Sgr. angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Veranstaltungen betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 Sgr. die dreispaltige Post-Zeile berechnet.

Nr. 38. Mittwoch, 1. April. 1874.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. April beginnt ein neues Quartal und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich einmal erscheinende Parteiorgan auf.
Der Preis beträgt 16 Sgr. (56 Kr. rh.) pro Quartal, 1/3 Sgr. (18 1/2 Kr. rh.) pro Monat, in Preußen incl. Stempelsteuer 21 1/2 Sgr.
Alle deutsche Postanstalten nehmen Abonnements entgegen. Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per Kreuzband schicken, wird dasselbe bei dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:
für Deutschland 1 Thlr. 5 Sgr. (2 fl. 3 kr. rh.);
für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien und Italien 1 Thlr. 10 Sgr. (5 Fr.);
für Frankreich, die Niederlande, Portugal, Großbritannien, Rumänien und die Türkei 1 Thlr. 20 Sgr. (6 1/2 Fr.);
für Spanien und für Amerika 2 Thlr.
Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis mit Bringerlohn auf 17 1/2 Sgr. pro Quartal und 6 Sgr. pro Monat festgesetzt. Man abonniert bei der Expedition dieses Blattes, Heizerstraße 44, und bei Colporteur Müller, die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für Volkmarzdorf, Neuditz, Neuschönefeld u. bei D. Stelzer, Neuditz, Kapellenstraße 11, 2 Tr., für Plagwitz und Lützenau u. bei Frau Pohe, Plagwitz, Bischofsche Str. 26, für Sonnawitz u. bei Teubert, Vornaische Straße 19, für Leinschöcher und Umgegend bei Fleischer, Nr. 87 daselbst, für Thonberg bei Horn, Hauptstr. Nr. 95, für Stötteritz bei D. Richter, für Cohlitz u. bei D. Peukert, Hauptstr. 19.
Für Berlin wird auf den „Volksstaat“ monatlich für 1 Sgr. bei in's Haus abonniert, bei Trautmann, Engelstraße 4, Tr.; Gorges, Weberstr. 32; Rubenow, Brunnenstr. 34; Kaden; Meyner, Elisabethstr. 1; Vogel, Prinzenstr. 61.
Der Abonnementsbetrag ist bei Bestellung zu entrichten. Abonnements bei der Expedition, sowohl einzelne wie von Blättern, welche nicht rechtzeitig erneuert worden, werden vom April an nicht mehr effektuiert.
Bei Nachbestellung ist an die Post 1 Sgr. Bestellgebühr außer dem Abonnementsbetrag zu entrichten.

An die Abonnenten in Sachsen.
Bei Verweigerung der Annahme des Abonnements für April, Sei-
ner einer Postexpedition, wollen sich die Betreffenden auf das Circular
vom 16. März 1874 Nr. IV 2463 A berufen, wonach Monatsabonne-
ments auf den „Volksstaat“ im Königreich Sachsen und Herzogthum
Sachsen-Altenburg zulässig sind.
Die Expedition des „Volksstaat“.

Arbeiter! Parteigenossen!
Die „Arbeitgeber“ haben sich zu entschiedenem Vorgehen gegen
Arbeiter entschlossen. In zahlreichen Petitionen an den Reichs-
tag suchen sie den verhängten Kontraktbruchgesegenswurf,
Wiedereinführung der Arbeitsbücher, die Schiedsgerichte
u. v., und zwar dies Alles so, wie es gerade im Interesse der
Arbeiter liegt, zur Annahme zu bringen.
Arbeiter! Parteigenossen! Im Interesse Eurer Sache ist es
unbedingt, in den nächsten 14 Tagen überall Versammlungen einzu-
rufen, dort das Vorgehen der „Arbeitgeber“ in's richtige Licht
zu stellen und energische Proteste gegen eine Ausnahme-
gesetzgebung für die Arbeiterklasse an den Reichstag zu richten.
Wir hoffen, Ihr werdet nicht lässig sein, wo ein Parlament
die Klassenherrschaft durch reactionäre, Eure Interessen aufs Tiefste
verletzende Gesetze sanctioniren will.
Hamburg, 29. März 1874.

Die Centralverwaltung der Gewerkschaften.
Th. Nord.
Der Ausschuss der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.
A. Geib.

Die Religion der Sozialdemokratie.

Vierte Kanzelrede. Von J. Diezgen.

Es ist eigentlich päpstlicher Unfug, meinen Zuspruch an die
Parteigenossen von der Kanzel herablassen zu wollen.
Christen, Religion sind Dinge und Namen, mit denen
Wirklichkeitsgetrieben ist, daß es einem aufrichtigen Menschen
unmöglich ist, in irgend eine Verührung damit zu kommen.
Es ist ein Herantreten selbst bis auf impertinente Nähe er-
fordert, um solche Widerwärtigkeiten entschieden zu beseitigen. Der
Tempel hinaus zu werfende Nubstörer will umarmt sein, das
Dialektik des Lebens.
Deshalb zeigt sich, daß im Verlauf der Geschichte Dinge zu ändern
werden, die dennoch ihren Namen behalten. Dem Un-
verstandenen werden damit dann die veränderten neuen als die un-
veränderten alten Dinge vorgestellt. So Religion, Christenthum
Kanzel. Durch dieses konservative Manöver wird eine nieder-
drückende Confusion der Geister angeregt. Auch werthe Partei-

genossen ertappe ich manchmal dabei. Da heißt es: Christus war
der erste Sozialist. Sozialismus und Christenthum sind so ver-
schieden wie Tag und Nacht. Wohl haben beide Uebereinstimmun-
gen. Aber was stimmt nicht überein? Was ist unähnlich?
Tag und Nacht gleichen sich durchaus darin, daß sowohl das eine,
wie das andere, ein Stück der allgemeinen Zeit ist. Der Teufel
und der Erzengel, obgleich der erste eine schwarze und der zweite
eine weiße Haut hat, sind doch wieder sehr gleich, indem jeder
von ihnen überhaupt in einer Haut steckt. Es ist die spezielle
Capazität unseres Kopfes, alle Mannichfaltigkeit unter einen
generellen Hut zu bringen. Ob Christenthum und Sozialismus
noch so viel Gemeinsames haben, so verdient doch der, der
Christus zum Sozialisten macht, den Titel eines gemeinschaftlichen
Confusionsbräuhes. Es ist nicht genug, das Gemeinsame der
Dinge zu kennen, auch der Unterschied will verstanden sein. Nicht
was der Sozialist mit dem Christen gemein, sondern was er eigen
hat, was ihn auszeichnet und unterscheidet, sei Gegenstand unserer
Beachtung.

Neuerdings ist das Christenthum Religion der Knechtlichkeit
genannt worden. Das, in der That ist seine treffendste Bezeich-
nung. Knechtlich ist allerdings alle Religion, aber das Christen-
thum ist die knechtlichste der Knechtlichen. Nehmen wir ein christlich
Wort von der Strafe. An meinem Wege steht ein Kreuz mit
der Aufschrift: „Barmherzigkeit, halbreichster Jesu. S. Maria bitt
für uns.“ Da haben wir die unmäßige Demuth des Christen-
thums in ihrer vollen Erbärmlichkeit. Denn wer so seine ganze
Hoffnung auf Erbarmen baut, ist doch in Wahrheit eine erbärm-
liche Creatur. Der Mensch, der vom Glauben an den allmächtigen
Gott ausgeht, vor den Schicksalen und Mächten der Natur
sich in den Staub wirft, und nun im Gefühl der Ohnmacht um
Erbarmen winselt, ist kein brauchbares Mitglied unserer heutigen
Welt. Wenn die modernen Christen andere Leute sind, wenn sie
den Umwelteren, die überlegene Mächte herabdonnern, fühl in die
Augen sehen und nun durch thatkräftige Arbeit das Unheil zu
heilen suchen, so befanden sie mit solcher That ihren Abfall vom
Glauben. Obgleich die Christen ihren Namen, ihre Gesangbücher
und frommen Gemüthschmerzen beibehalten, sind sie doch in ihrem
Thun und Treiben vollendete Antichristen. Wir religionslose De-
mokraten wollen das klare Bewußtsein der Sachlage voraus haben.
Wir wollen mit Wissen und Willen, in der Theorie, wie in der
Praxis thatkräftige Widersacher der launischen, gottseligen Er-
gebenheit sein.

Schlechte Gewohnheit, welche dem Menschen wie ein alter
Adam tief im Fleische sitzt, will das, was einmal unter Umständen
gedient hat, für alle Ewigkeit konserviren. Interessirte denksame
Niedertracht will den Gegensatz zwischen christlicher Weltverachtung
und der weltfreundlichen Tendenz, die unsere Gegenwart beherrscht,
verleugnen, vermitteln und vertuschen. Das Christenthum fordert
Entsagung, während heute rüstige Arbeit zur Befriedigung
unserer materiellen Bedürfnisse gefordert ist. Gottvertrauen ist die
vornehmlichste Qualität eines Christen, Selbstvertrauen, das gerade
Gegentheil, zu einer erfolgreichen Arbeit nöthig. Wer sich unter-
steht, dem Christenthum die Lehre in den Mund zu legen: „Du
solst auf Gott vertrauen, aber deine Talente nicht vergraben“,
und damit sagen will, daß die Arbeit kein unchristlich Ding, son-
dern in der christlichen Lehre enthalten sei, der ist ein abgeschmackter
Sophist. Die christliche ist von der eigentlichen, von der heutigen
Arbeit meilenweit verschieden. Der Christ arbeitet für den Him-
mel, um den Leib zu kasieren, die Lüste zu unterdrücken. Und
wenn er für Brod und Lebensunterhalt arbeitet, so darf es nur
ein Lebensunterhalt sein, der die Qualen dieses irdischen Jammer-
thals verlängert, um dadurch des wahren ewigen Lebens würdig zu
werden. „Wer sein Leben an dieser Welt hasset, der wird es er-
halten zum ewigen Leben.“ (Johannes 12, 25.) Bestimmte
Ewigkeit ist der Zweck des Christen, die alltägliche Welt der Zweck
des verständigen Menschen.

Der theologische Doctor Daniel Schenkel aus Heidelberg sei-
cisiert sich gegen die Behauptung, daß das Christenthum wesentlich
in der Weltverneinung bestehe. „Wie, ruft er aus, die Welt soll
dem Christenthum nicht als eine würdige, ja nicht einmal als eine
mögliche Stätte der Religion gelten, diese Welt, von welcher der
vierte Evangelist sagt: also hat Gott die Welt geliebt, daß er
seinen eingebornen Sohn in sie gesandt u. Wollten denn die
ältesten Christen aus der Welt fliehen? Erwarteten sie nicht viel-
mehr, daß Christus als siegreicher und erklärter König zu ihnen
auf die Erde herabkomme und die damalige schlechte Weltordnung
durch eine bessere, aber wieder durch eine Weltordnung ersetze?“
So spricht ein sophistischer Raisonneur, dem es nicht um die Ra-
son, sondern nur darum zu thun ist, seine freigeistige Halbheit
und Feigheit mit dem klangvollen Namen der Religion und des
Christenthums auszustaffiren. Oder hat er vielleicht, im Bedürfnis
Andere zu behörden, sich schließlich gar selbst behört? Weiß er
nicht, daß das Christenthum zwei Welten hat, ähnlich wie die
Preußen, eine schwarze und eine weiße? Die schöne bunte Welt
der Wirklichkeit hat der Christ schwarz angestrichen. Ihre Herrlich-
keiten sind ihm Verlockungen des Teufels, ihre Arbeit ein Fluch,
ihre Liebe sündige Eier, das Fleisch eine Beschwerde, ein Hindernis
des Geistes, der Leib „ein finsterner Madensack“. Wie der ver-
wünschte Prinz in einem wilden Thier, so steckt die weiße Welt
der christlichen Einbildung in dieser schwarzen Wirklichkeit. Um
von dieser Welt zu erlösen, hat der liebe Gott seinen Sohn ge-
sandt, der uns in die paradiesische christliche Welt führt. Wie die
eisernen Hölzchen, so besteht sie aus geistiger Materie. Ihre
Männchen und Weibchen haben kein Geschlecht, ihre Körper keine
Schwere, ihre Arbeit kostet keine Mühe. „Engel lochen ohne Fleisch

die Seligkeit.“ Allerdings wollten die älteren Christen aus der
Welt fliehen. Sie erwarteten stündlich die Wiederkunft des Herrn,
den Untergang und das jüngste Gericht. „Mein Reich ist nicht
von dieser Welt.“

Doch die christlich-phantastische Erlösung, welche die Plagen
der Welt anstatt mit thatkräftiger Arbeit, durch Glauben und
Hoffen heilen will, konnte die verständige Forderung nach mate-
riellem Lebensgenuss unmöglich lange unterdrücken. Die Keger
und Reformatoren, die Protestanten, die Deutsch- und Katho-
liken, Richifreunde und Freie Gemeinden, Freischamer und
Schwenkel halfen alle mehr und mehr der schwarzangestrichenen
Wahrheit zum Siege über die weißgetünchte Lüge der religiösen
Phantasie. Insofern sind wir Sozialisten mit dem „Fortschritt“
einerverstanden. Nur die Feigheit sollen wir nicht billigen, die den
Abfall vom Glauben als Wiederherstellung des wahren Christen-
thums ausspielt und also vom Namen nicht lassen will. Die
Diskreditirung des Namens ist nöthig, um der Sache den Garaus
zu machen.

So zweideutig wie die bürgerliche Volkswirtschaft, wie die
bürgerliche Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, so zweideutig
ist auch die Religion der Kapitalerle. Die Mönchsposse, die mit
einem Schmeißbauch den Weltverächter spielt, wird vom Mast-
bürger fortgesetzt. Das Possidlichste dabei ist, daß der Fort-
schrittler hinter dem Mönch zurückbleibt, indem jener seiner reli-
giösen Misericordie sich nicht einmal bewußt ist. Das geruch-
und geschmacklose, das abgeschmackte Christenthum der modernen
Windbeutel, macht schließlich auch noch den Anspruch, das echte,
rechte, wahre zu sein. Die klassischen Musterchristen, die Kalender-
heiligen waren doch willkürliche Welt- und Kostverächter; sie wohn-
ten in der Klausel, trugen härenes Gewand, geißelten den Leib
und währten ihn von Wurzel und Kräutern. Ihr Leben be-
stätigte ihre Lehre: „Gott ist ein Geist, und wer ihn anbeten
will“ u. U. Unsere heutigen Kreuzritter schlagen die andere Seite
auf, wo geschrien steht: „Er ist Fleisch geworden und hat unter
uns gewohnt“. Allerdings ist der Keim des Zweideutigen, die
widerspruchsvolle Inkonsequenz schon ursprünglich in der christlichen
Lehre enthalten. Apokalypse und Kirchenväter machen stellenweise
Konfession. Sie lehren, wie man die Braut mit der Heirat,
Satan mit dem Vergeblich anzutreiben hat. Einmal ist Fasten
und Beten höchste Tugend, ein andermal heißt es: „Der Herr
hat kein Wohlgefallen an Jemandes Gebete“. Weil es nicht
über die Natur der Dinge, weil es unmöglich ist, den Menschen
total zu verheimeln, darum kann das Christenthum auch über
den Lebensgenuss nicht vollständig hinaus, darum steckt die Rech-
nungsträgerei so unvermeidlich in seiner Haut. Doch wird der
heilsichtige Demokrat von diesen Bäumen nicht gehindert, den
Wald zu sehen. Der christliche Wald liegt im Jammerthal und
heißt: Abstinenz auf Erden und Zuderehben im Himmel.

Eine Lehre, die Jahrhunderte lang Völker und Welttheile be-
herrschte, hat sicherlich ihre historische Bedeutung. Verwerflich ist
nur, daß die demüthig in der Krippe geborene hochmüthig bis in
alle Ewigkeit dominiren will. Was das Christenthum ewig
Wahre hat, z. B. Abtötung des Fleisches als gutes Gegengift
wider unverheiratete Begierden, oder Liebe über alle Rationalität
hinaus, für die ganze Menschheit, das will die Sozialdemokratie
nicht verleugnen. Im Gegentheil hält sie fest daran, wenn auch
die andere Welt durch Franzosenpresserei karnibalsch wird. Nur
will sie nicht, wie Christenthum und Religion überhaupt, die
profane Wahrheit für himmlische Heiligkeit gelten lassen.

Hier, geliebte Zuhörer, bei dem Unterschiede zwischen religiöser
und profaner Wahrheit, sind wir an dem Punkte angekommen,
der den Sozialisten wesentlich vom Christen trennt. In Auf-
klärung desselben bitte ich für eine Weile um besondere Aufmerk-
samkeit.

Wahrheit ist Wahrheit, allerdings! Aber in religiöser Form
ist die Wahrheit einseitig, bornirt, intolerant. Zum Beispiel, das
Gebot der Nächstenliebe. Es ist eine ewige Wahrheit, d. h. es
ist ein Gebot des menschlichen Bedürfnisses, daß der Mensch zum
Menschen gehört. Gesellschaft ist ihre Natur, sie müssen sich
lieben, und wo sie das verkennen, verkennen sie das eigene Glück
und Heil. Wo aber die Religion sich dieser natürlichen Wahrheit
bemächtigt, wo der Christ sagt: du sollst den Nächsten lieben
wie dich selbst, da bohrt er sich mit solch fanatischem Eifer in
das Gebot hinein, daß diesem Sinn und Verstand schier ausgeht.
Wenn er auf das rechte Ohr geschlagen ist, hält er auch das
linke noch dar. Wenn er Liebe predigt, schlägt er das Gegentheil
aus, verdammt er den Haß. So wird die christliche Liebe zum
„Lammerschwänzen“. Dagegen der Sozialismus predigt nicht
nur, er sucht auf der Brüderlichkeit. Aber die antireligiöse, die
vernünftige Nächstenliebe weiß sich zu beschränken, sie schließt nicht
über das Ziel hinaus, perhorrescirt nicht ihren Gegensatz, den
Haß, sondern schließt ihn ein, als ein stellenweise notwendiges
und also heiliges Mittel. Auch wir wollen den Feind lieben,
Gutes thun dem, der uns hasset; — aber doch erst, wenn er un-
schädlich gemacht am Boden liegt. Unterdeß deklamiren wir mit
Herzwegh:

„Die Liebe kann erlösen nicht,
Die Liebe nicht erretten.
Halt' du, o Haß, dein jüngst' Gericht,
Brich du, o Haß, die Ketten.
Bis unsre Hand in Aste nicht
Soll sie vom Schwert nicht lassen,
Wir haben lang' genug geliebt
Und wollen endlich hassen.“

Politische Uebersicht.

Das Gespenst „Konflikt“ geht um in den Hallen des Reichstagsgebäudes am Dönhofsplatz zu Berlin. § 1 des Militärgesetzes, welcher die Präsenzstärke der Armee für Friedenszeiten auf 401,000 Mann festsetzen soll, ist in der Commission zur Verathung des Militärgesetzes abgelehnt worden und die Regierung erklärt, ohne diesen Paragraphen könne sie das ganze Gesetz nicht brauchen. Davon sind wir vollständig überzeugt; wir glauben sogar, daß die Reichsregierung, wenn weiter gar nichts, als dieser einzige Paragraph „zu Recht“ bestünde, sich am allerwohlsten fühlen würde. Wie empfindlich übrigens die gesamte preussische Herrlichkeit wird, sobald sich die „Volksvertretung“ nur das Geringste in ihre Militärangelegenheiten dreinzureden erlaubt, geht aus der Ansprache hervor, welche der preussische König am 23. März hielt, als ihm die preussische Generalität allerunterthänigst zu seinem Geburtstage gratulirte. Er sagte bei dieser Gelegenheit:

„Nach Ihnen sage ich für die Befinnungen meinen Dank, welche der Generalfeldmarschall soeben in Ihrem Namen ausgesprochen. Da Sie als Repräsentanten meiner Armee vor mir erscheinen, so darf ich Ihnen auch nicht verschweigen, daß abermals eine Krisis über derselben zu schweben scheint. Was ich damals vier Jahre lang aus Pflichtgefühl und Ueberzeugung erstrebte, aufrecht erhielt und erreichte, hat seinen Lohn in den ja über alle Erwartung großen Erfolgen der Armee und der meiner Verbündeten gefunden, und dieses Gefühl gibt mir Muth und Ausdauer auch jetzt, denn nicht um Kriege herbeizuführen, sondern um den europäischen Frieden zu sichern, halte ich an dem Bewährten fest. Leisten Sie mir dazu auch weiter, wie bisher, Weisheit durch Ihre so pflichtgetreue Thätigkeit.“

Wir haben kürzlich und schon in zwei Leitartikeln über das Militärgesetz darüber ausgesprochen, was wir von der Sicherung des Friedens durch große stehende Heere halten. Stehende Heere zur Erhaltung des Friedens — mit Verlaub, Herr Staatsanwalt, wir sprechen nur unsere spezielle Ueberzeugung aus — das kommt uns gerade so vor, wie wenn sich jemand den Tisch mit einem halben Duzend Beefsteaks und ebensoviel Flaschen Wein besetzen läßt, lebendig, um zu — hungern!

Indessen die kaiserlichen Worte sind eine gute Agitation. Zwar ist der „Geniale“ nicht da, denn seine Beine sind geschwollen und er kann die Sache nicht „arrangiren“, wie sonst. Der hätte eine tüchtige Kneiperei veranstaltet und bei bairischem Bier und Schlackwürst wären die Bedingungen des „liebenswürdigen Wirths“ angenommen worden. Mit schönen Reden für den „Frieden“ hätte man den Krieg in perpetuum, der zwar jetzt schon arrangirt ist, genehmigt. So aber hat der Heldenkaiser selbst eine Agitationsrede für das Militärgesetz gehalten und das Gespenst „Konflikt“ dürfte beschworen sein. Denn wer wollte uns widerstreiten, wenn wir behaupten, die „liberalen“ Seelen seien so feinfühlig und höflich, daß sie niemals einen „Herzenswunsch“ versagen werden? Ach, und das Gefühl der höheren Knechtseligkeit, von dem wir „steifnackige Gefellen“ leider weder eine Ahnung, noch eine Vorstellung haben, muß wirklich süß und entzückend sein!

Im Reichstage ging während der Verathung des Preßgesetzes ein Exemplar des „Volkstaat“ in der conservativen Partei von Hand zu Hand und die bezogenen Vertreter der „guten alten Zeit“ schüttelten die Denkerköpfe über die „verwegene“ Sprache des Blattes. Wahrscheinlich hatte auch der nationalliberale Vertreter von Ost, Herr von Puttkammer, in das Blatt hineingezuckt, denn er ließ bei Verathung des § 27, der von der Confiskation handelt, eine Denunziation los, die sogar ein Stieber oder Biedermann bewundern müssen. Der Mann Bismarck's redete also:

„Ich erlaube mir doch die Frage: ist denn das Gift, welches in das Herz des Volkes gegossen wird durch eine Druckschrift, die ungeschont Gotteslästerung predigt, welche den Kampf der Classen gegen einander in wüthendster Weise proclamirt, welche die Majestät des Thrones mit Roth bewirft, ist denn dieses Gift weniger gefährlich für die Sittlichkeit des Volkes? Ich bestreite Das, und eben deshalb wünsche ich eine umfassendere Statuirung der Beschlagnahme. Ich habe mir in diesen Tagen erlaubt, einmal Umschau zu halten in unserer Lesekammer, welches auch genügt ist durch eine Reihe von Blättern der Umsturzpartei. Ich bin da ganz zufällig auf einen Artikel des Leipziger „Volkstaat“ gestoßen, der geschrieben ist zur Feier des 18. März und zwar der beiden Jahre 1848 und 1871. Ich weiß nicht, ob viele Herren sich das Martyrium aufgelegt haben, diesen Artikel zu lesen: er fällt den erhabenen Inhaber der höchsten Würde und Gewalt im Reiche mit wahrhaft wölfischer Wuth an und verherrlicht mit einer Leidenschaft sondergleichen die Schandthaten der Pariser Commune. Meine Herren, wenn das die Sprache dieser Blätter in ruhigen Zeiten ist, welches wird wohl ihre Sprache sein, wenn die Wogen einmal hochgehen, und welches wird ihre Wirkung auf die Gemüther derjenigen Schichten der Gesellschaft sein, auf die sie berechnet sind!“

Der Mann scheint die Lektüre der „Provinzial-Correspondenz“ gewohnt zu sein, wo Herr Hahn, der Mann mit der „geschmeidigen“ Anschauungsweise, erst kürzlich ausgesprochen hat, daß das monarchische Prinzip von Gottes Gnaden „auf einem tief stillen Grunde“ ruhe. Also stecken Sie Ihre Nase dort hinein, Herr Puttkammer, dort spucken ähnliche Muckereien wie in Ihrem Gehirn. Wir muthen Ihnen kein „Martyrium“ zu; wir bedauern Sie und Alle, so mit Ihnen sind. Wie erbärmlich faul muß es um Ihre Sache stehen, wenn die ganze Herrlichkeit, welcher Sie huldigen, schon durch einige Federstriche bedroht ist!

Im Uebrigen denunziren Sie nur zu; wir lassen uns nicht bange machen. Sie sind schon genug damit gestraft, daß Sie sich die Sympathie des „Leipziger Tageblattes“, deren sich jeder Mann von politischem Charakter schämt, zugezogen haben.

Und ein für alle Mal möchten wir hier den Vorwurf der „Wuth“ zurückweisen, den und die Organe so oft machen. Wir denken und schreiben mit der größten Gemüthsruhe von der Welt und amüßren uns an der denunziatorischen Wuth eines Puttkammer.

Nach den im Reichstage Seitens der Regierungsbevollmächtigten abgegebenen Erklärung, scheint es fast zweifellos, daß der Bundesrath (soll heißen die preussische Regierung, welche jedoch in dieser Frage auf warme Unterstützung aller übrigen Regierungen, namentlich der sächsischen, rechnen kann) das Preßgesetz in der Gestalt, welche es durch die Commissions- und Reichstagsverhandlungen erlangt hat, nicht annehmen wird. Ultrareaktionär, wie der Entwurf in seiner gegenwärtigen Form ist — weit schlechter und reaktionärer, als das schlechteste und reaktionärste von sämmtlichen in Deutschland bis dato geltenden Preßgesetzen — dem Bundesrath ist es doch noch „zu liberal“; und zu diesem reaktionären Ferror des Bundesraths kann sich die deutsche Presse, so

weit sie nicht an den Resten des Reptilienfonds laugt, nur Glück wünschen, denn sie erlangt dadurch eine kurze Salzenfrist. Daß 20 Jahre später ein Mann herrschen würde, der ihren reaktionären Heiligenschein verdunkelt und beinahe in einen liberalen Nimbus umwandelt — das haben die Herren Mantensel, Bestphalen und Consorten sicherlich nicht träumen lassen, als sie anfangs der fünfziger Jahre „die Weltgeschichte zurückschraubten“. Und noch viel weniger haben sie sich träumen lassen, daß dieser Mann in den Geruch liberaler, ja sogar demokratischer Gesinnung kommen, und der Abgott der „liberalen“, ja „demokratischen“ deutschen Bourgeoisie werden würde.

Der Reichstag hat das Reichsgesetz bezüglich Einführung der Civilehe mit großer Majorität in dritter Lesung angenommen.

Es ist ein Glück, daß unsere Zündnadel-Heiligen noch nicht unter den Schirm der Majestätsbeleidigungs-Paragraphen gestellt sind, sonst könnte es uns schlecht gehen: das Organ für Jedermann aus dem Volke, welches im Denunziationsfach schon so Erkelndliches geleistet hat, greift aus unserem Artikel „Zum Prozeß Bazaine“ (I.) einige scharfe Sätze heraus und präsentirt sie, seit gedruckt und natürlich ohne die Motivirung des Urtheils zu geben, der Staatsanwaltschaft zu geneigter Berücksichtigung. Nun — kann uns recht sein. Wir glauben an keine Heiligen, an St. Nolite so wenig, wie an St. Stieber oder St. Bismarck, und jede Gelegenheit, zu zeigen, wie klein die „großen Männer“ (Kriege- und Staatsmänner) in Wirklichkeit sind, kann uns nur willkommen sein. Wir hatten aber gedacht, in der Nichtanbetung dieser lebendigen Götzen stimmte Alles, was sich demokratisch nennte, überein. So viel wir uns erinnern, behauptet die „Volkszeitung“ demokratische Grundsätze zu verfolgen; wir wären ihr in der That zu hohem Danke verpflichtet, wollte sie uns erklären, wie sich der Moltke-Cultus mit den demokratischen Prinzipien im Allgemeinen und der Bekämpfung der Militärwirthschaft im Besonderen zusammenreimt.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ entnimmt der „Magdeburger Zeitung“ folgende Notiz: „Eisleben. (Eine erfreuliche Ausnahme.) Unser Arbeiterverein feiert am 23. März sein 25jähriges Stichtagsfest; in jetziger Zeit namentlich thut es wohl in der betreffenden Ankündigung zu lesen: „Unser Fest wird dadurch doppelt erhöht, daß wir zu gleicher Zeit den Geburtstag Sr. Majestät unseres theuren Königs und deutschen Kaisers mit feiern können.“

Wir theilen ausnahmsweise in diesem Falle die Freude der „Magdeburger- und Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, nur aus einem andern Grunde wie sie; wir betrachten es als ein erfreuliches Zeichen, daß die Feier eines Königsgeburtstags durch einen Arbeiterverein nur noch zu den Ausnahmen gehört; das ist ein Fortschritt der gegenüber dem Sozialismus und der Knechtseligkeit der sogenannten höheren Classen doppelt ins Gewicht fällt.

Die von unseren Parteigenossen zu München ins Leben gerufene Organisation des arbeitenden Volkes ist von der Polizeidirection aufgelöst worden. Mehrere Geschlossen hat die Polizei geschlossen. Die Polizei hat hinter dieser Organisation und Errichtung von Lesehallen eine Umgehung des Vereinsgesetzes und politische Zwecke gewittert. Die Motivirung sinkt zwar nicht ganz auf das Niveau des Hofes Stadtmagistrats herab, ist aber auch nicht viel besser. Per Gelegenheit hat die Polizeidirection auch gleich noch das von den Münchener Parteigenossen projektirte Arbeiterfest verboten, weil daselbst die Pariser Commune gefeiert werden solle. Das Festcomité wird gegen dies Verfahren Beschwerde führen.

Wozu ein deutscher Professor gut ist! Es ist ein übel Ding um die „Genialität“. Da die Aeußerung des „genialen“ Dubois gegen den „genialen“ Maurus Jofai: „Sehen wir bei den Franzosen vom Koch, Friseur und Schneider ab, so bleibt der Rothhautindianer (von Rousseau, Marat, Lamart, Comte &c.) übrig,“ nur im engsten Kreise des Reptilienfonds Anklang gefunden, sonst aber, und namentlich in der englischen Presse, derb abgefertigt worden ist, so galt es, einen Prügeljungen für das mißglückte geflügelte Wort zu finden, denn Maurus Jofai ist ja Literat und, obgleich Ungar, dem deutschen Reich ercl. Deutsch-Oesterreich (oder inclusive?) sehr zugehörig, den durfte man doch nicht Pügen strafen. Und siehe da, der Prügeljunge ist gefunden. Die Berliner „Tribüne“ erzählt von einer Unterredung Bismarck's, in der er

- 1) Alle, denen diese Aeußerung mißfallen, kurzweg als Franzosen und Franzosenfreunde denunzirt;
- 2) die allem Anstandesgefühl hohnsprechende Aeußerung somit zugestehet, die Originalität derselben aber dem „genialen“ Dubois-Reymond zuerkennt.

Herr Dubois-Reymond ist Professor und gewissermaßen der Karl Braun der Berliner Universität. Er ist es, der dieselbe einst die „Leibgarde der Hohenzollern“ nannte, er ist es, der einst die Vorlesung mit den Worten eröffnete: „Meine Herren, einschuldigen Sie meinen französischen Namen,“ und er hat wirklich einst in einer Festrede (am 3. August 1871) gesagt: „An die französische Nation wird einst, wenn sie sich nicht bessert, die Frage treten, welche in Amerika die ansehnliche Race den Rothhäuten stellt: Wollt ihr den Kriegspfad verlassen und in Frieden mit uns die Scholle bauen?“ &c. Es gehört nun allerdings eine etwas starke Logik dazu, aus diesen Worten obige Aeußerung herzuleiten, doch wird der hohenzollernsche Leibgardist schwerlich seinen Herrn und Meister desavouiren. Die Leser des „Volkstaat“ aber mögen sich die Frage vorlegen: Wer ist „genialer“!

Kaiserlich-königliche Arbeiter-Organisation. Die „Gleichheit“ schreibt:

„In der letzten Sitzung des Arbeiterausschusses des Abgeordnetenhauses war der Minister des Innern Löffler erschienen. Der Minister bezeugt Ton und Inhalt der Arbeiterpetition als ruhig und legal (!) und anerkennt, daß die einzelnen Punkte diskutirbar seien und eine Beachtung verdienen. Mit dem Ausschuss erkennt der Minister, daß die Einrichtung von Arbeiterkammern den Kern der Forderungen des Memorandums (welches Oberwinder und Genossen an den Reichsrath gerichtet) bilde und will prinzipiell solche Fragen nicht verhorreziren. Dieselben könnten jedoch nicht auf direkte parlamentarische Repräsentation abzielen, da sie außerhalb der sonstigen staatlichen Institutionen, insbesondere der Gemeinde-Verfassung stehen, welche die Grundlage unseres gesammten Vertretungssystems abgeben. Der Minister wünscht die vorhandenen Assoziationen der Arbeiter zu korporativen Gestaltungen erwachsen, den Unterbau einer Organisation werden zu sehen, welche in die Spitze der Arbeiterkammern ausgehen sollte, und er-

blickt nur in deren Selbständigkeit die Bürgerschaft gedeihlich Wirkens. Die Ausgleichung der streitenden Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern sollte in einen dritten Faktor, sogenannte Einigungsämter, verlegt werden. Die Regelung des Genossenschaftswesens, für dessen Freiwilligkeit der Minister plädt, sowie jene der Fabrikgesetzgebung, will der Minister der neuen Verbeordnung, welche im Herbst dieses Jahres als Regierungsvorlage zu erwarten, vorbehalten wissen.

Wir erfahren da zunächst, daß von Arbeiterkammern, wie wir sie wollen, nicht die Rede ist. Von einer Vertretung im Reichsrath keine Spur, Ausflüchte sind schnell gefunden. Alles wird vertagt, bis zum nächsten Herbst, sagt der Minister, nun, die „nächste“ kennen wir schon, man wird uns nicht länger zu Besten damit halten.

Der Minister will ferner „die aus dem jetzigen (also auch keine Revision) Vereinsgesetze entstehenden Arbeitervereine zu korporativen Verbänden von Arbeiterzweigen gestalten, die er als unentbehrliche Grundlage für die Arbeiterkammern vorstellt.“ Man könnte glauben, der Minister beginne einzusehen, daß die gewaltsame Unterdrückung der Arbeitervereine vom Uebel ist, da widerspricht jedoch der Umstand, daß wir in Oesterreich sind. Der Herr Minister glaubt offenbar mit Hilfe seiner Agenten schwarze Vereine gründen zu können, die ihren Mitgliedern und Aufsicht der „erweiterten“ k. k. Handels-, Gewerbe- und Arbeiterkammern hübsch gemüthlich schreiben und lesen, den liberalen und altkatholischen Katechismus, „deutsche“ oder „wahrhaft österreichische Lieder“ singen lehren u. s. w., und eines schönen Tages „für Kaiser und Vaterland“ gegen die Sozialdemokraten gebraucht werden können.

Wir danken Seiner Excellenz im Voraus für die Arbeit, die er uns erspart. Er mag die Arbeiter nur so schnell als möglich in seine kaiserlichen Arbeitervereine pressen, wir werden sich dafür sorgen, daß sie zu der Erkenntniß kommen, was man eigentlich mit ihnen will. Alle Vereine, die die Regierung ins Leben ruft, gründet sie für uns, deshalb vorwärts, heraus mit den 1. Arbeitervereinen!

Ernest Jones. Aus der letzten Nummer des „Brecht“ erfahren wir zu unserer Befriedigung, daß in England ein Comite von Arbeitern zusammengetreten ist, um das Andenken des Thätigsten und Tapfersten der englischen Chartistenföhre, Ernest Jones, in würdiger Weise zu feiern. In einer Vorberathung stand man von dem Gedanken der Errichtung einer Bildsäule und entschied sich dahin, zunächst eine billige Ausgabe der Werke des auch als Dichter einen hohen Rang einnehmenden Boltribunen zu veranstalten, und auf diese Weise die Ideen, des sein Leben geweiht, unter die Massen zu bringen. In zweiter Linie beabsichtigt man die Gründung eines, leider in England noch immer fehlenden Arbeiterblattes, das die Sache der Arbeit nach allen Richtungen hin frei und sachlich vertritt. Ernest Jones, der vor etwa 15 Jahren starb, war von so genannter Arbeiterfamilie, erlangte seine Erziehung auf deutschen Schulen und versität (er sprach und schrieb deutsch gleich seiner Muttersprache) und opferte Alles im Dienste des Proletariats: Rang, Vermögen, Familie! In höherem Grade als er hat keiner die Liebe und Achtung des enterbten Volkes verdient!

Gewerkschaftsgenossenschaftliches.

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Presden. Nachdem wir wiederholt die Erfahrung gemacht, daß selbst Gewerkschaftsmitglieder gegen ihr eigenes Interesse in der von uns verlassenen alten Herberge zureisen und in Arbeit bringen lassen, sei hiermit erklärt, daß sich unser Lehr- und Arbeitsnachweis (nach Lohnstarif) nur Schreibergasse „zum piraischen Hof“ befindet, worauf namentlich auch die vollmündigsten achten wollen.

Unsere Versammlungen finden regelmäßig alle 14 Tage Montags in der „Conversations“, am See Nr. 35, statt. Dies zur Kenntnisaahme. Der Bevollmächtigte

Metallarbeitergewerkschaft.

Angsburg. Der Strike der Former in der Gießerei H. A. Riedinger wird hiermit als geschlossen erklärt. Wenn das Resultat gerade nicht als ein günstiges betrachtet werden kann, so haben doch der größte Theil der Betroffenen ihre Ehre wahrt und sind theils abgereist, theils wurden sie hier in der Gießerei untergebracht. Drei feiern noch, und nur vier sind die sich nicht schämen wieder die Arbeit aufzunehmen. Die beiter können sich wieder eine Lehre daraus ziehen, daß sie sich Allen organisiren müssen, um mit Erfolg den Uebergriffen Kapitals entgegenzutreten zu können.

Es folgt hiermit die Abrechnung. Einnahme: von Pforz durch Lenz 10 fl., Nürnberg durch Haas 16 fl. 48 kr., bzgl. v. S. Pommer 8 fl., München durch die Expedition des „Zeitung“ 17 fl. 36 kr., Eimittelschau durch H. Löffler 16 fl. 37 kr., Pzingen durch J. Schreiber 9 fl. 44 kr., Chemnitz durch R. G. thier 8 fl. 45 kr., Mannheim durch F. Schneider 5 fl., Pforz durch Postendorfer 33 fl. 30 kr. Von Angsburg: von Formern der Maschinenfabrik 35 fl. 30 kr., bzgl. der Klaas' Gießerei 41 fl., der Fischer'schen Gießerei 22 fl. 45 kr., von beiteren der Burbaum'schen Fabrik 8 fl. 3 kr., der Riedinger's Maschinenfabrik 11 fl. 11 kr., von den Mitgliedern der Metallarbeitergewerkschaft 8 fl. 42 kr., sonstige freiwillige Beiträge 4 fl. 15 kr., durch Odr. 6 fl., von Bsp. 30 kr., E. S. u. 3 fl., Mr. 1 fl., Schtt. 12 kr., Bsp. 1 fl. Summa der Einnahmen: 289 fl. 8 kr.

Ausgaben: an Unterstützungen 279 fl. 12 kr., für Jast 6 fl. 20 kr., für Schreibmaterialien, Briefporto &c. 1 fl. 16 kr. Summa: 286 fl. 48 kr.

Einnahmen: 289 fl. 8 kr.

Ausgaben: 286 fl. 48 kr.

Activrest: 2 fl. 20 kr.

Für die reichliche Unterstützung sagen wir hiermit den besten Dank im Namen der Betroffenen.

Das Strikecomité:

Vorsitzender: E. Hirth. Schriftführer: F. Grams. Kassirer: F. Hertzstein. Revisoren: R. Ruckbaum, R. Hell, E. J.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Berlin, 24. März. In Nr. 32 des „Volkstaat“ zeigen Bayreuther Kollegen an, daß ein Strike dort auszubrechen wird und in Nr. 35 wird berichtet, daß dieser Fall eingetreten ist, es werden gleichzeitig die Mitgliedschaften aufgefordert, die tüchtigen Kollegen zu unterstützen. Nach unserer Auffassung wird statutarisch richtig gewesen, wenn die Bayreuther Kollegen sich vor Ausbruch des Strikes mit dem Ausschuss in Verbindung

segt hätten, damit letzterer mit der Controlcommission schon event. Beschlässe fassen konnte, und die Hauptliste sofort einen Unter-
stützungstrag den Strikenden hätte zugehen lassen können, wenn
der Strike als berechtigt und zeitgemäß erachtet wurde. Dies
scheint von den Bayreuther Kollegen außer Acht gelassen zu sein,
denn sonst wäre das Schweigen des Ausschusses unerklärlich. Wenn
dies nun wirklich nicht geschehen ist, so hatte der Ausschuss die
Pflicht, nach der ersten Avisierung von Bayreuth aus, anzuziehen,
wie die Verhältnisse dort liegen u. s. w. Auch hatte er gleich-
zeitig vor einem nicht zeitgemäßen oder planlos anzufangenden
Strike zu warnen oder andernfalls schon vorher die Mitglied-
schaften darauf vorzubereiten, daß eine energische Unterstützung der
dortigen Kollegen notwendig sein wird. Von alledem scheint
nichts geschehen zu sein, und erwarten wir, daß der Ausschuss so
schleunig als irgend möglich die gesammten Mitgliedschaften von
der dortigen Sachlage im Vereinsorgan oder brieflich benachrichtigt,
damit, wenn nötig, sofort Sammlungen vorgenommen werden
und die Bayreuther Kollegen nicht ihren begangenen Formfehler
mit einer Niederlage büßen müssen. Die Berliner Mitglieder
hätten sofort gesammelt, wenn sie nur irgend einen Einblick in die
dortigen Verhältnisse hätten und nicht der Rechtsstandpunkt es
verbot, denn man hätte dadurch die Statutenverletzung nicht nur
sancioniert, sondern geradezu willkürliche Strafen provoziert, deren
Ausgang stets fraglich ist. Ein verunglückter Strike schadet
der Gewerkschaftsbewegung mehr als alles Andere. Darum, Col-
legen, vermeidet soviel als möglich Strikes, wo nicht die volle
Gewißheit vorliegt, daß der Sieg auf unserer Seite sein muß; ist
aber ein Strike notwendig und unvermeidlich, dann aber mit aller
Kraft und Aufopferung die betreffenden Kollegen unterstützt, damit
ein vollständiger Sieg erungen wird.

Was soll daraus werden, wenn gleichzeitig in mehreren Städten
auf eigene Faust planlos oder unzeitgemäße Strikes ausbrechen?
Ist da auf Erfolg zu rechnen? Wir glauben, schwerlich. Der
Appell an die (leider ziemlich leeren) Taschen der Kollegen wird
nicht den Erfolg haben, wenn jede Mitgliedschaft für sich selbst
handelt; ganz abgesehen davon, daß einzelne Mitgliedschaften über
ihre Kräfte Opfer bringen würden, während andere vielleicht wenig
oder gar keine Unterstützung den Strikenden senden würden; aber
andere wird und muß es sein, wenn der Ausschuss vorher die
Sachlage geprüft und sein Einverständnis zum Strike öffentlich
ausgesprochen hat. Es kann dann sofort eine Quote aus der
Hauptliste den Strikenden übersandt werden und, wenn nötig,
können sämtliche Mitgliedschaften zu Sammlungen aufgefordert
oder Extrabeiträge eingefordert werden.

Wir ersuchen den Ausschuss schließlich noch einmal, im vor-
liegenden Falle sofort die nötigen Schritte zu thun. Und Euch,
Bayreuther Kollegen, rufen wir zu: Haltet aus und der Sieg muß
Euch werden! Mit Brudergruß und Handschlag!

Im Auftrage der Berliner Mitgliedschaft

A. Reimann, alte Jacobstr. 6.

Correspondenzen.

Leipzig. Vor einigen Wochen veröffentlichte der „Volkstaat“
eine Reihe von Zahlen, welche bewiesen, in welcher unerhörten
Maße die besitzenden Klassen neben der sonstigen Ausbeutung
auch die Bildung ihrer Kinder auf Kosten der arbeitenden Klassen
befördern. Der „Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund“
enthält jetzt eine Zuschrift aus Zwickau, worin nachgewiesen wird,
daß während 7000 Bürgerschüler die Stadt 38,241 Thlr., also
pro Kopf 5 1/2 Thlr. kostete, die 300 Realschüler, also die Söhne
der Besitzenden 9,431 Thlr. d. h. pro Kopf 31 1/2 Thlr., fast
sechsmal so viel wie die Bürgerschüler beanspruchten. Und doch
nimmt diese handvoll Menschen den Mund beständig so voll und
thut als wenn Staat und Gesellschaft nicht ohne sie bestehen
könnten und als ob sie es sei, welche den Staat und die Ge-
meinde erhält.

Dresden, 25. März. Wie allerorts, so wollten auch hier die
Parteienossen am Jahrestage der Commune ihrer Sympathie mit
dieselben Ausdruck geben und so kamen wir denn überein, da die
Abhaltung eines Festes und nicht rätlich schien wegen der be-
kannten Vertreter der Polizei, Feste, die als Feiern der Commune
betrachtet werden, zu verbieten, eine Volksversammlung abzuhalten
und in derselben einen Vortrag über die Commune auf die Tages-
ordnung zu setzen. Die Volksversammlung fand nun am letzten
Sonnabend statt und bewies der außerordentlich zahlreiche Besuch,
welches Interesse die arbeitende Bevölkerung Dresdens an diesem
Thema hatte. Es mögen nach ungefährender Schätzung gegen
3000 Personen in den großen Räumen der Centralhalle anwesend
gewesen sein. Genosse Auer referirte. Er sprach über „die Ent-
stehung und den Sturz der Commune“. Seine Ausführungen
wurden sehr beifällig aufgenommen. Nach Auer betrat Genosse
Eckstein aus Waldheim, der in Geschäftsangelegenheiten hier war,
die Tribüne, wo er mit stürmischen Zurufen begrüßt wurde, die
sich nach seinen kräftigen, klaren Ausführungen aufs Neue wieder-
holten. Nach einem kurzen Schlusswort von Auer, in welchem er
zum Ausharren auf der betretenen Bahn und zum Eintritt in die
Partei und zum Abonnement auf die Parteipresse aufforderte,
schloß Genosse Eichhorn, der diesen Abend den Vorsitz führte,
die Versammlung.

Nach der Versammlung blieben die Parteienossen noch ge-
müthlich zusammen, um sich in ernstlichen Gesprächen der Tage des
Märzmonats 1871 zu erinnern. Daß an diesem Abend die ganze
Polizei Dresdens auf den Beinen war, braucht wohl nicht erst
erwähnt zu werden.

Waldheim, 13. März. Da ich im „Volkstaat“ noch keinen
Bericht über unsere Wahlkampagne gefunden habe, so halte ich es
für meine Pflicht, Ihnen einen kurzen Ueberblick zu verschaffen,
weil unsere Wahlagitacion eine andere Frucht getragen hat. In
allen andern Wahlkreisen blühte bereits die Agitacion, als bei uns
noch alles brach lag. Wir fragten uns, was zu machen sei, da
es uns an Agitatoren fehlte. Da wurden plötzlich, fast in letzter
Stunde, die Wähler zu einer Besprechung nach Ritzgenhain ge-
rufen, an der sich dann auch eine Anzahl betheiligte. Von Hartza
sandte das Gerichtsamt seinen Vertreter, welcher die Besprechung
um jeden Preis vereiteln sollte. Mit den Besetzen in der Hand
verbot er fortwährend eine nicht angemeldete Versammlung, während
wir, da wir keine Versammlung hatten, nach einigen Berichtigungen
zur Besprechung schritten. Wir wurden uns klar, daß schnelles
Handeln nötig war und wir handelten. In Waldheim konstitu-
irte sich ein Central-Wahlcomité, welches die Agitacion energisch
betrieb. Die Arbeiter begrüßten unser Unternehmen mit Jubel,
die Landleute verlangten noch in der Nacht Stimmzettel hinaus,
und es muß hier anerkannt erwähnt werden, daß einige Comitè-
mitglieder aufopfernd gewirkt haben. Die Zeit war zu kurz, die
Mittel zu schwach; vier oder fünf Versammlungen konnten wir
nur abhalten. Wahlbeeinflussungen wie überall. Nur einige will

ich anführen: In Leisnig wurde jeder Besucher der Versammlung
durch die Behörde gezwungen, 2, Or. Entree zu zahlen, folge-
dessen die meisten Arbeiter umkehren mußten. Staatsbeamte suchten
ihre unterst-ältesten Arbeiter zu überreden, für Dehningen zu stimmen.
Auf einem Dorfe sagte ein Gegner zu den Wählern, Walster säße
im Zuchthause; würde er gewählt, so müßten wir ihn loskaufen.
An dieser Abersheit stiegen sich Viele. Doch genug, es ist zu
bekannt, mit welchen Mitteln unsere Gegner kämpften. Dehningen
erhielt 7965, Walster 3300 Stimmen, während 109 unglücklich und
108 zerpflegt waren. Wie leicht wäre hier ein Sieg für uns
gewesen, hätten wir rechtzeitig vorgearbeitet! Der hiesige Redac-
teur Seidel schrieb in Nr. 4 seines „Anzeigers“: — „Soviel
kann man indeß erkennen, daß die Sozialdemokraten eine bedeu-
tende Mächtigkeitsentwicklung haben, und ihnen gleich die Ultramon-
tanen am Rhein, in Posen und Bayern. Sie — die Sozial-
demokraten und Ultramontanen — sollten in Zukunft die reichs-
freundlichen Parteien weniger verunglimpfen, denn man hat ihnen
von dieser Seite in nicht wenigen Bezirken den Sieg leicht genug
gemacht. (Warum nennt er denn nicht mit einem Athemzuge
Sozialdemokraten und Ultramontane: „Reichsfeinde“ da wir es
ja längst wissen, daß er zu den „Reichsfeinden“ zählt. Zur
nächsten Wahl werden wir uns die Siege selbst erleichtern.)
„Möchten aber die reichsfreundlichen Parteien aller Orten sich nun
endlich einmal überzeugen, daß ohne lebhaften und angestrenzten
Agitation ihre Sache in Zukunft arg gefährdet ist. (Ja wohl!)
Sie werden dann, wenn sie in die Agitation eintreten, (wird ihnen
Nichts nützen.) dem Gegner den Boden wieder abzugewinnen
suchen, (!) den er unter dem Donner unzähliger Redensarten mit
leichter Mühe erkämpfte, sich erst von der Größe der Gefahr über-
zeugen.“ (Möchte doch Herr Seidel mit gutem Beispiel voran-
gehen und seine Bedenken in öffentlicher Volksversammlung vor-
tragen, anstatt sich zu drücken, wenn zur Entgegnung aufgefordert
wird.) — — — Die Majorität von 18 Stimmen (welche
Dehningen über Walster hier in Waldheim davontrug) ist an und
für sich eine nicht eben bedeutende, sie gewinnt aber an Bedeutung,
wenn man bedenkt, daß bei der vorigen Wahl die Sozialdemo-
kraten ihren Candidaten durchgebracht hatten, (hier in der Stadt),
daß also diesmal in gewisser Beziehung den Sozialdemokraten der
bereits erkämpfte Boden wieder abgenommen worden war.“ —
Welche Sophismen, welche Ignoranz! Bei der vorletzten Wahl
standen uns hier zwei „reichsfreundliche“ Candidaten gegenüber,
während diesmal alle Reichsfreundlichkeit in einem Topfe zu
einem bunten Brei kochte. Diesmal erhielt Walster allein auf
dem Lande 1557 Stimmen, die er bei vorletzter Wahl nicht in
der Gesamtzahl erreichte. Das nächste Mal wird das Terrain
gänzlich unser sein. Noch im Wahlkampf stehend gaben wir uns
die Hand mit dem Versprechen, die Parteimitgliedschaft zu ver-
stärken. Das haben wir gehalten, obgleich Einige ihre Pflicht
nicht ganz erfüllen und die allwöchentlichen Mitgliederversamm-
lungen nur mangelhaft besuchen. Wir zählen hier 33 Mann und
sind im Wachsen begriffen. Wir bleiben dabei nicht stehen. Es
hat sich eine Literar-Commission von 5 Personen gebildet, welche
zu berathen hat, wie wir am leichtesten zu einer eigenen Zeitung
für unseren 10. Wahlkreis gelangen. Ich mache die Arbeiter in
unserm Kreise im Voraus darauf aufmerksam und erwarte, daß
man unser Projekt willkommen heißt. Den „Volkstaat“ gedenken
wir dadurch nicht zu vermindern, sondern zu vermehren, den Reichs-
freunden gedenken wir auf die Finger zu pochen, die Lüge zu
entlarven und einen nächsten Wahlsieg zu erobern. Schwierig ist
das Werk, das wissen wir wohl, aber scharf ist die Waffe, wenn
sie geschliffen ist, und in diesem Kampfe ist sie dringend nötig.
Adolph Popp.

Berlin, 26. März. (Reichstag.) Der Reichstag legt einen
Gesetzentwurf vor, nach welchem 120 Mill. Mark Reichskassen-
scheine in Abtheilungen zu 5, 25 und 50 Mark ausgegeben werden
sollen. Dagegen soll das Papiergeld der Einzelstaaten bis zum
1. Januar 1876 außer Cours gesetzt werden. Auf die weiteren
speziellen Bestimmungen kommen wir beim Bericht über die zweite
Lesung zurück. Der Kaufmann Abg. Noske aus Bremen be-
kämpfte den Gesetzentwurf in einständiger Rede. Er ist für Ein-
ziehung des Staatspapiergeldes und bezieht sich auf das nach-
ahmungswürdige Beispiel der Vereinigten Staaten, Englands und
Frankreichs und verschiedene Autoritäten. Das Papiergeld störe
die Einführung der Goldwährung, für welche Redner plaidirt.
Er zeigt, indem er zunächst ein Portefeuille, dann einige kleine
Börsen aus seinen Taschen unter großer Heiterkeit des Hauses
hervorzieht, daß man große Summen in Gold und Banknoten
mit größter Bequemlichkeit bei sich tragen könne. Indem er für
Ablehnung des vorliegenden Gesetzentwurfs eintritt, hofft er, daß
im Fall der Ablehnung, eine beschleunigte Regelung des deutschen
Bankwesens eintreten werde. Der Redner hatte auch die Summen
genannt, welche in den verschiedenen von ihm vorgezeigten Behäl-
tern enthalten waren, und es wurden privatim deshalb lebhaft
Bedenken geäußert, denn man meinte vielseitig, es sei bei den be-
kannten Sicherheitszuständen Berlins bedenklich, offen zu erklären,
daß man soviel Geld bei sich trage. Indessen das ist Sache des
Hrn. Noske.

Minister Camphausen beschwerte sich über die „bittern
Dinge“, welche Noske ihm persönlich gesagt habe und antwortete
ziemlich malitios. Er habe, meinte er, in allen Dingen nur den
Willen des Bundesraths ausgeführt. Auf das Bankwesen habe
die vorliegende Frage keinen Einfluß und das Bankwesen lasse sich
auch nicht so schnell regeln, als Herr Noske sich vorstelle, noch
hätten sich die deutschen Regierungen darüber gar nicht gekümmert.
Die Bankfrage könne überhaupt erst mit Erfolg auf die Tages-
ordnung kommen, wenn die dormalen zerrütteten Geldverhältnisse
wieder in Ordnung gebracht sind. Wann dieser Zeitpunkt unge-
fähr eintreten könnte, darüber sich zu äußern, hielt Excellenz
Camphausen nicht für angezeigt. — Die Debatte über die Frage,
ob Staatspapiergeld oder nicht? und wieviel? spannt sich stunden-
lang zwischen den Herren Günther (Sachsen), Bamberger, Delbrück,
Prof. Tellkamp fort; das Haus war sehr unaufmerksam und die
meisten Abgeordneten abwesend. Die zweite Lesung findet morgen
statt und unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß die Vorlage an-
genommen wird.

Man gelangte zur zweiten Lesung des Civilhegesetzent-
wurfs und zwar bis zu § 33; das ganze Gesetz hat 51 Para-
graphen. Die einzelnen Bestimmungen wurden mit unwesentlichen
Abänderungen angenommen und alle Anträge des Centrums, für
welche nur die Clerikalen und Episkopales stimmten, abgelehnt. Es
gab wieder einige päpstliche Kraftreden von Seiten der Herren
Dr. Mousfang und Mecke; die politischen Führer des Centrums
schwiegen sich ganz aus. Uebrigens wurde die gegenüber den So-
zialisten gebräuchliche Taktik, Antragstellern durch Schluß der
Debatte das Wort zur Begründung ihrer Amendements abzuschnei-
den, heute auch gegen die Ultramontanen angewandt, worüber sich
diese bitter beklagten, es hilft aber da alles Klagen Nichts; man
kann den herrschenden Parteien bloß jurufen: Ihr terroristen heute,

wenn unsere Zeit gekommen sein wird, so wandert Euch nicht über
Terrorismus! Hoffentlich kommt für die Clerikalen die Zeit der
Herrschaft nie wieder! Auch den Sozialdemokraten wurde übrigens
das Wort nicht gestattet, um ihren Standpunkt zum Civilhegeset-
zu präcisiren, wir wollen deshalb um so ausdrücklicher ihre Ab-
stimmung für dasselbe hervorheben.

Vor Schluß der Sitzung beantragte Windthorst Vertagung
des Hauses vom 28. März bis 13. April, er stieß dabei aber auf
den Widerspruch der Nationalen; die Angelegenheit wird morgen
definitiv zur Erledigung kommen.

— 27. März. Wie der Abgeordnete v. Windthorst in
gestriger Sitzung in Aussicht stellte, gestaltete sich die Debatte über
die §§ 44 und 45 der Civilhegesetzb-Vorlage heute ziemlich
lebhafter, als die vorhergegangene zu den §§ 18 u. 19. gepflogten,
in denen die Einführung des Prinzipes unter immerhin nicht
allzuherbem Widerstande seitens des Centrums erfolgt war.

Der § 48 als erster des 7. Abschnittes der Vorlage (Schluß-
bestimmungen), behandelt einige Strafbestimmungen bei Unter-
lassung vorgeschriebener Anzeigepflichten zu den Standesregistern,
während in den §§ 44 und 45 die staatliche Competenz
der kirchlichen, bei Dispensationen und Scheidungen an
die Seite treten soll, um nicht zu sagen, vor sie zu stehen kommt.
Bei § 45, welcher den Landesregierungen verpflichtet, die staat-
lichen Behörden zu bestimmen, welchen die Aufsicht über die
Standesbeamten und deren Geschäftsführung zusteht, nahm der
Abgeordnete Windthorst Stellung unter besonderem Hinweis auf
die Schwierigkeiten, denen das vorliegende Gesetz bei seiner etwaigen
Einführung in Baiern begegnen werde. Dr. v. Schulte (Alt-
katholik) beantragte zu § 44 u. A.: „Die Dispensation von
Ehehindernissen steht auch der obersten Landesbehörde
nach dem geltenden Rechte zu“ und war es besonders dieser
Antrag, der die beiden Strömungen im Hause „ob Kirche, ob
Staat“, lebhaft in Fluß brachte.

Dr. Mousfang war diesmal der Rede des Centrums. Er
hielt eine seiner beliebten Kanzelreden, klagte über das diktatorische
Verfahren der Kirche gegenüber, rühmte die kirchliche Ehegeset-
gebung, als ein Resultat der Weisheit und Umsicht von Jahr-
hundert und bezeichnete den Ecclesiismus, Wasserstoffzeit, Theo-
phylologie, Schwerhörigkeit und alle derartige Leiden, denen man
so häufig in den höheren Gesellschafts-Klassen begegne, als Uebel,
die überall da auftraten, wo die kirchliche Ehegesetzgebung umgangen
oder beseitigt worden. Er bestritt dem Staate das Recht in
die heilige Ordnung der Ehe einzugreifen, die eine göttliche,
eine Sache der Geister sei, über welche der Kirche allein die Macht
gehöre.

Dr. v. Schulte vertrat sein Amendement dem entgegen mit
der ganzen Würde des gelehrten „Canonicus“ lateinisch und
deutsch, Autoritäten und Geschichtsfragmente zitirend und hatte die
Genehmigung der Mehrheit des Hauses seine Forderungen sanktioniren
zu sehen. Zu § 49 sprach Mallinckrodt unter Nachweis darin
enthaltener Widersprüche, wonach das Gesetz ähnliche preussische
Gesetze aufhebe, während in diesen wieder Paragraphen enthalten
seien, die das Reichsgesetz außer Geltung erklären würden.

Mit juristischer Klarheit gewappnet und bei der diesem Redner
eigenen kritischen Schärfe, vermochte derselbe durch die Repliken
der Herren Miquel kaum entwaffnet zu werden, es wurden indeß
die §§ 44—50 einschließlich der Amendements v. Schulte und
einige unwesentlichen Streichungen an § 50, mit Stimmen-
mehrheit angenommen. Dagegen stimmten das Centrum und
einige Conservative und ist somit das Gesetz „über die Beur-
kundung des Personstandes“ und die Form der Ehe-
schließung“ in zweiter Lesung als erledigt zu erachten.

Die zweite Lesung des Entwurfes eines Gesetzes, betr. einige
Abänderungen und Ergänzungen des Gesetzes vom 27. Juni 1871
über die Pensionirung und Versorgung der Militärpersonen, wurde
vor schwach besetztem Hause angenommen und wäre auch voraus-
sichtlich nach den Vorlagen der Commission (Berichterstatter Dr.
Wagner-Altenburg) ziemlich geräuschlos erledigt worden, wenn nicht
von den Sozialdemokraten Hasselmann, Hasenclaver, Reimer zu
§ 11 beantragt worden wäre: „Untersoffiziere und Soldaten, deren
Invalidität durch eine während oder nachweislich in Folge des
Krieges erlittene Dienstbeschädigung herbeigeführt ist, erhalten neben
der gesetzlichen Pension eine monatliche Pensionzulage von Thlr. 20,
bei Ganzinvalidität mit gänzlich oder größtentheils stattfindender
Erwerbsunfähigkeit, von Thlr. 10 bei Ganzinvalidität mit theil-
weiser Halbinvalidität u. s. w.“ und zu § 15: „Die Dienstfehlkom-
missionen für Pensionäre aller Grade auf Thlr. 360 zu erhöhen.“ —
statt der drei Stufen der Regierungs- und Commissionsvorlage,
wonach
Feldwebel auf Thlr. 350,
Sergeanten oder Unteroffiziere auf Thlr. 250,
Gemeine auf Thlr. 130

gesetzt waren.
Der Antragsteller Hasselmann berief sich unter dem lebhaften
Widerpruch des Hauses und besonders der Fortschrittspartei da-
rauf, daß es den Anschein habe, als ob man es den Sozialisten
habe überlassen wollen, auch für die Enterbten in der Uniform zu
streiten.

Den Ausführungen des Redners, der sich als durchaus kein
Freund der stehenden Heere, dennoch der Sache der Invaliden
annehme und in diesem Falle allerdings für eine entsprechende
Mehrausgabe sein müßte, wird von den anwesenden höheren Offi-
zieren am Tische des Bundeskanzleramtes allerdings mit zeitwei-
liger Heiterkeit gefolgt, doch gewahren wir auch öfters mit Genuß-
stimmung, daß eine ernstere Stimmung plaggreift und daß besonders
die geschickte Parallelisirung der Invalidenpensionen als Wohl-
thaten mit den Dotationen gewisser Generale ihre Wirkung
nicht verfehlt, indem der Antragsteller ferner hervorhebt, daß nach
den Motiven der Regierungsvorlage bei ca. 30,000 Personen auf
den Civilversorgungsschein warten, denselben aber dormalen nicht
erhalten können.

Der Abg. Richter tadelt es besonders, daß der Vorredner,
was bisher von allen Parteien aller gesetzgebenden Körperschaften
taktvoll beobachtet worden, nicht auch zu thun vermocht habe; die
Frage der Invalidenversorgung als außerhalb des Parteigetriebes
stehend zu behandeln. Zu einer Zeit, wo der Socialismus noch
nicht erfinden gewesen, sei diese Frage in der Gesetzgebung bereits
mit Sorgfalt und größtem Takt angefaßt worden.

Dr. Lucius spricht von den Verbündeten der Commune,
die in dieser Versammlung, in der die besitzenden Klassen zu-
meist vertreten seien, diesen gegenüber nach außen hin Propaganda
machen wollen. Die Commissionenvorlage wurde in den meisten
Punkten unverändert angenommen und sodann nach lebhafter De-
batte beschlossen, morgen das Haus bis zum 9. April zu vertagen,
nachdem die dritte Lesung des Civilhegesetzes beendet sein wird.
Erfurt. An die Parteienossen in Thüringen. Unter noch-
maliger Hinweisung auf die am 1. und 2. Ofterfeiertag in Göttingen
stattfindende Thüringer Landesversammlung, ersuchen wir die
Partei- und Gewerkschaften sich zahlreich dabei zu betheiligen.

Die Versammlungen werden im dortigen Parteilokal „zum deutschen Bund“ (Brühl Nr. 3) abgehalten, auch werden die Gothaer Parteigenossen dafür sorgen, daß die ankommenden Delegierten von den am 1. Feiertag bis Mittag eintreffenden Zügen am Bahnhof abgeholt werden.

Antäze u. wolle man bis spätestens Freitag, den 3. April an uns einfinden.
Mit sozialdemokratischem Gruß
Das Thüringer Agitations Comité: Joh. Rudolph, Vorsitzender.
Hamburg. Warnung für die Töpfer Deutschlands.
Unsere Organisation, der wir es allein zu danken haben, daß wir mit unseren Forderungen in wenigen Tagen durchgedrungen sind, ist unseren Meistern ein Dorn im Auge, und namentlich versuchen es einzelne Mitglieder des Meistercomités, hinter unserm Rücken unsere Organisation zu zerstören. So werden u. A. Annorcen in Briefe wie anwärterge Blätter eingerückt mit folgendem Inhalt: Schlinge werden gesucht, die das Töpfergewerbe erlernen wollen, bei einjähriger Lehrzeit und Selbstbelästigung; nach diesen sofort Accordarbeit bei wöchentlichem Verdienst 30-40 fl. oder 12 bis 16 Thlr. Daß diese Annorcen nur dazu dienen sollen, hier Arbeitkräfte herzuloden, wird wohl ein Jeder einsehen, denn bei einjähriger Lehrzeit kann der Ausgelernte unmöglich 12 bis 16 Thlr. wöchentlich verdienen, wie denn der Verdienst eines tüchtigen Töpfers überhaupt keine 16 Thlr. pro Woche beträgt. Wahr an der Sache ist nur, daß wir unsern Lohn denen der Maurer annähernd gleichgestellt haben.

Wir eruchen deshalb dringend, den Zuzug noch eine Zeit lang fernzuhalten, damit unsere Arbeitgeber einigermaßen zur Besinnung kommen. Wir machen darauf aufmerksam, daß unsere Herberge und der Arbeitsnachweis nur in der großen Rosenstraße Nr. 37, bei Herrn Hübener sich befindet. Ferner fordern wir alle Töpfer Deutschlands auf, sich dem Allgemeinen deutschen Töpferverein anzuschließen.
Mit sozialdemokratischem Gruß
Für das Comité: Julius Wilde.

Hamburg, im März. Aufruf an alle Sattler Deutschlands, Deutsch-Oesterreichs und der Schweiz. Nachdem wir durch die letzte Abrechnung die Einsicht gewonnen haben, daß der vor zwei Jahren gegründete Verein an Mitgliedschaften nicht wesentlich zugenommen hat, überhaupt in letzterer Zeit sich eine gewisse Laubheit innerhalb unserer Collegenkreise zeigt, fühlt sich das hier bestehende Agitationscomité veranlaßt, die Vertrauensmänner energisch aufzufordern für die Kräftigung der Mitgliedschaften einzutreten und, wo nur irgend Gelegenheit geboten wird, für die Neubildung solcher zu wirken. Die Nothwendigkeit dazu braucht wahrlich hier nicht erörtert zu werden, es genügt doch hinlänglich, auf die bestehende Arbeitgeber-Organisation hinzuweisen. Auch wäre es an der Zeit, daß sich diejenigen jetzt einmal ermannen, auf welche bei dem ersten Congreß alle Hoffnung gesetzt wurde. Auch erwarten wir von Jedem, der irgendwie agitatorisch thätig sein kann, daß er sich unserer durch Noth und Elend gedrückten Collegen annimmt und dieselben nicht nur zum Klassenbewußtsein, sondern auch in unsere Reihen bringt. Was unsere Mitgliedschaft hier anbelangt, so können wir jetzt ganz zufrieden sein, wenigstens bleibt die seit 8 Monaten rastlos betriebene Agitation nicht fruchtlos, denn in jeder Versammlung treten uns neue Mitglieder bei und Hamburg kann sich jetzt dreist zu den besten und größten Mitgliedschaften rechnen; darum erwarten wir von Allen, die Interesse an unserer Bestrebungen haben, daß sie ihre Adressen an uns einfinden, denn unmöglich kann man verlangen, daß sich Einzelne für Alle aufopfern. Darum treten ein in unsern Verein, reicht uns die Hand und werdet unsere Brüder!
Mit collegialischem Gruß
Das Agitationscomité des Vereins der Sattler und Berufsge nossen.
J. A.: W. Flachsbarth, Neuenwall 17.

Rödingsberg i. Pr., 19. März. Gestern hielten wir in unserm größten Partei-Lokale eine Märzfeier als zum Andenken an die Pariser Commune, zu welcher per Plakat Jedermann eingeladen war. Trotz fürchterlichen Regenwetters war doch der Saal von einigen 100 Mann gefüllt, von denen einige Duzend nur aus Neugier erschienen waren. Die Zeitungen hatten das „anständige Publikum“ vor dem Besuch unserer „petroleumbustenden“ Versammlung gewarnt und wurde diese denn auch nicht gestört, da etwaige Geistes dazu obiger Herren Duzende von dem erhebenden Ernste der Versammlung, hervorgerufen durch die Festrede des Parteigenossen Scheil, im Reine erstarrt wurden. Scheil sprach mit Wärme; er führte zuerst einen kurzen geschichtlichen Umriss der Communebewegung aus, wobei er für die meisten Zuhörer viel des Neuen und Anziehenden vortrug und letzte weiter die Prinzipien und angestrebten Folgen der Pariser Commune dar. Zum Andenken an die Commune-Kämpfer erhob sich die Versammlung, was Einigen schwer anstand, die sich gleich wieder kurz legten. Nachdem noch einige Gedichte vorgetragen und Parteilieder gesungen, wurde die offizielle Feier beschlossen, doch blieb man noch bis in die Nacht gemüthlich beisammen. Tragödem, daß wir außer der Festrede keine weiteren Festlichkeiten, wie Musik und geliebten Gesang und freie Vorträge bieten konnten, herrschte doch Gemüthlichkeit und allgemeine Freundschaftlichkeit. Es wäre sehr zu wünschen, wenn in diesem Sinne fortgearbeitet würde, daß nicht Einzelne durch herrisches, autoritäres Wesen Andere abstößen oder verlezen. Die Sozialdemokratie verlangt den ganzen Menschen und kommt es auch darauf an, den Umgang unter den Parteigenossen zu einem herzlichen und anregenden zu machen.
Scheil hat hier schon mehrmals zu allgemeiner Zufriedenheit in Versammlungen referirt und werden wir in nächster Zeit eine große Volksversammlung anberaumen, in der über den Nutzen der Gewerkschaften und die Gesetze der modernen Produktion referirt werden soll. Möglichenfalls mit praktischem Nutzen. Es wäre wünschenswert, wenn dazu einer unserer Abgeordneten herkäme, der zugleich über die bisherigen parlamentarischen Verhandlungen berichten möchte.

Was damals über gewünschte Ausstoßung von Mitgliedern sozialdemokratischer Gesinnung aus dem Ortsverbande der hiesigen Hirsch'schen Gewerkschaft im „Volksstaat“ von hier berichtet wurde, beruht in der inneren Sache auf Wahrheit. In einer Volksversammlung wurde diese Thatsache ebenso kraß berichtet und sogleich viele Angehörige jenes Verbandes amosend waren, kein Widerspruch erhoben. Möglich, daß die Arbeiter die versteckte, heimliche Absicht der Verbandsvorstände sofort merken und beim richtigen Namen nannten. In der hohen Diplomatie der Herren Dr. Hirsch und Consorten sind Arbeiter offenen Kopfes nicht bewandert. Thatsache ist ferner, daß man unserm Bestimmungsgesessen, dem Schneider A., auf Jeder rücken wollte, weil er bei der Wahl für unsern Candidaten Herbig agitirt hätte. Also nur nicht so kusch, Herr Blunk!

Worms, 25. Februar. Unsere Stadt, in früheren Jahrzehnten eine Hauptstätte der Demokratie in Rheinpfalz, ist glücklich bis auf den Nationalliberalismus heruntergekommen. Ihr Vertreter im Reichstage ist Herr Fabrikant Heyl, ein Mann, welcher, wie fama, die allezeit Vorlaute und Geschwätzigste, behauptet, im

Wormser Gymnasium nicht durchkommen konnte und deshalb nach Auswärts in eine Anstalt für „geistreiche“ Köpfe verbannt wurde. Derselbe ist mit 19 Jahren Chef einer Fabrik geworden, welche über 1000 Arbeiter beschäftigt und für drei Millionen „meist an außereuropäischen Märkten“ umsetzt. — Dieser Mann, obwohl man ihn gerade nicht als hohes und bedeutendes Licht anerkennen kann, ist vermöge seiner aus dem Arbeitermarx erproften Millionen „Fürst von Worms“. Wer bei der Landtagswahl für den von ihm Entorenen nicht stimmte, den entlich er zwar bei Leibe nicht, dem Handwerker entzog er nicht die Arbeit, aber er wußte ihnen den Brodlokb höher zu hängen. Was die Wahl sonst noch gestiftet haben mag, darüber cursiren merkwürdige Geschichten. Heyl's Anhang macht sich hier nun in einer Weise breit, heudet seine Regierungsfreundlichkeit in einem Maße aus, die einem Demokraten oder gar Sozialdemokraten das Besuchen eines großen Theils öffentlicher Localitäten fast unmöglich macht. Ein Mitglied der sozialdemokratischen Partei, K., wurde dieser Tage beim Herantreten aus einer Wirtschaft gröblich insultirt, nur seine Nahe rettete ihn vor Handgreiflichkeiten zweier „gebildeter“ Herren, die allerdings Heyl'sche „Wahlagenten“ waren. Die beiden Wormser nationalliberalen Blätter wimmeln von schamlosen Angriffen auf die Sozialdemokraten, die größtentheils von der anderen Wormser Korpphäre Dr. jur. utr. Schröder, dem bekannten Protestantenlägler (von dem ein Gundersheimer Bauernmann viel erzählen könnte), herzurühren scheinen. Das bürgerlich demokratische Blatt „N. Wormser Bzg.“ hält sich diesen Angriffen gegenüber in letzter Zeit reservirt, wohl weil die Kampfweise solcher Gegner ihm zu verächtlich erscheint. — Der Allg. deutsche Arbeiterverein hat hier eine allerdings nicht sehr starke Mitgliedschaft, vereinzelt sind einige Sozialdemokraten Eisenacher Programms; wir sind überzeugt, daß die Ersteren gerne, um der Einheit willen, sich der sozialdemokratischen Arbeiterpartei anschließen würden. Der Boden ist hier fruchtbar für die sozialdemokratischen Ideen und wird es mit jedem Tage mehr, da fast alle Fabrikanten, Herr Heyl voran, den Lohn verringert haben. (Eine Lohnstatistik sende ich nächstens.) Es ist schade, daß so wenig geschieht und keine Agitatoren hergeschandt werden.

Regensburg, 20. März. Vor zwei Jahren haben die Tischlergesellen von Regensburg, von der bitteren Noth gedrungen, einen Fachverein gegründet, um dem herrschenden Elend zu steuern und sie haben auch etwas errungen. Sie haben die Arbeitszeit auf 10 1/2 Stunde gebracht, die vorher noch zwölfstündig, zum größten Theile vierzehnstündig war, sie haben die Stückerarbeit beseitigt und dafür einen angemessenen Tagelohn eingeführt. Die Arbeitgeber konnten der bescheidenen Forderung, die Theuerung der Lebensbedürfnisse betrachend, nichts entgegenhalten und mußten dieselbe zugeben. Darauf nahm auch der Fachverein die Arbeitsvermittlung in die Hand, und auch diese bewährte sich. Seit dieser Zeit hat sich hier ein Meisterverein gegründet, der findet die Arbeitsvermittlung in den Händen der Gesellen als den Meistern nicht zum Vortheil gereichend und hat seinerseits einen Arbeitsnachweis in Leben gerufen. Die Meister haben vor, dadurch in erster Linie unsern Verein zu schädigen und dann eine Reaction im Allgemeinen anzuknüpfen.

Den Herren Arbeitgebern ist jetzt das, was sie vor zwei Jahren als gerecht anerkennen mußten, jetzt, wo die Lebensbedürfnisse noch viel theurer geworden sind, zuviel, und sie wollen wieder Stückerarbeit haben, um dadurch die festgesetzte Arbeitszeit illusorisch zu machen und bei einem günstigen Moment die Arbeitszeit wieder selbst bestimmen zu können. Darum, Tischlergesellen allerorts, meldet soviel als möglich Regensburg. Die hiesigen Arbeitgeber wollen, wie aus Obigem zu ersehen ist, alle Zugeständnisse zurückziehen, was ihnen um so leichter werden muß, wenn starker Zuzug von Arbeitskräften erfolgt. — Unser Arbeitsnachweis befindet sich bei Hrn. Achner, Gashaus zum goldenen Anker am Petersthor.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden ersucht, von Vorstehendem Notiz zu nehmen.

Im Auftrage des Fachvereins der Tischlergesellen in Regensburg
Schmalzl, Vorstand.

Mannheim, 4. März. Bei meiner Reise durch Mannheim benutzte ich die Gelegenheit, den wegen des verhängnißvollen Plakates inhaftirten Parteigenossen Ehrhardt zu besuchen; ich mußte leider die Erfahrung machen, daß man in Baden wie in anderen Ländern ohne jede Rücksichtnahme gegen politisch Inhaftirte verfährt. Gelegentlich der Mittagsstunde wollte ein dortiger Parteigenosse besagtem Ehrhardt eine Wurst mit in das Gefängniß bringen und da dieselbe vom Braten noch heiß und fettig war, war sie in Papier eingeschlagen. Darüber gerieth der dortige Gerichtsdiener in eine solche Wuth, daß derselbe unter Aufstampfen mit dem Fuße sich gegenüber dem Ueberbringer die gemeinsten Redensarten erlaubte, betorend, er habe gar keine Worte für solche Gemeinheiten, er werde, wenn solches noch einmal vorkomme, ihn nicht mehr vorlassen, es dem Gerichtsamtmanne mittheilen, und man könne ihn auch in ein Volksblatt hineinstecken u. Auf die Bemerkung, man könne die Wurst nicht so über die Straße tragen oder in die Tasche stecken, bemerkte der Mann, das könne man ganz gut. Ich will hier nicht untersuchen, was gewisse Herrn sagen würden, wenn man ihnen in dieser Weise begegnete, nur das dachte ich, daß man in Baden politisch Inhaftirte glücklicher behandelte, was bei Ehrhardt gewiß angebracht ist, da die Untersuchung längst geschlossen und derselbe vielmehr auf freiem Fuß zu setzen wäre, ich wurde aber gründlich getäuscht.
R. Wolf.

Mannheim, Freitag, den 13. März, fand vor hiesigem Schwurgericht die Verhandlung gegen Freund Ehrhardt wegen Preßvergehens statt. Der Saal war zum Erbrüden voll. Angeklagt war Ehrhardt wegen der Plakate zur Aufforderung der Wähler zur Wahl Bebel's, worin die Stelle vorkam: „Wir empfehlen Euch den bewährten Volksvertreter August Bebel, z. B. auf Hubertshurg, wegen Vertretung der Volksinteressen.“

Obwohl Ehrhardt wegen Preßvergehens und nichts Anderem angeklagt war, so macht die Staatsanwaltschaft doch aus genanntem Prozeß einen Tendenzprozeß. Das Urtheil lautet auf zwei Monate, wovon 6 Wochen Untersuchungshaft abgehen. Es war dies der erste Sozialdemokrat, der in Baden verurtheilt wurde.

Mit sozialdemokratischem Gruß
E. Ducherer.

Briefkasten
der Expedition: Alle Rächl Schr. 1 Thlr., E R Mächdel Schr. 1 Thlr., Max. Arb.-Gew. Gera Ann. 6 gr., E Pich Joh Ab. 1 Thlr. 4 gr., M. Dn. Deca 2. D. 27 gr., Schr. 3 Thlr. 2 gr., N. Me Pfema 2. D. 2 Thlr. 13. 5., Schr. 2 Thlr. 18. 5., Bdm Rile Rive 2. D. 1 Thlr. 5. Schum.-Gem. Wiesb. Ann. 5 gr., Thst Mensch. Schr. 14 gr., W. Swidl Wäh. 2. D. 1 Thlr. 5. Schr. 14 Thlr. 20. 5., Schmpf Stendal 1. D. 25 gr., Amm Kitzig 1. 2. D. 2 Thlr. 2 gr., Schr. 23 gr., Ksch hier Ab. 6 gr., Schr. 3 gr., Arb.-Berein Gohlis Ann. 21 gr., Bähm hier Schr. 21 gr. 7., Ortmann hier Ab. 6 gr., Pär hier Ab. 6 gr., Ri-

arb.-Gew. Berlin Ann. 10 gr., Braun Ebbau Ab. 7 gr., G. Wdmun Rad (Ang.) 2. D. 1 Thlr. 4., 3f Fez Wien 2. D. 3 Thlr. 21 gr., S. r. 1 Thlr. 6., Trimun Berlin Schr. 5 Thlr., L. Schnddch Brundbbera 2. D. 11 Thlr. 12. 5., Arb.-B.-S. Eilt 2. D. 1 Thlr. 21., Mr Brschw. 1. D. 30 Thlr., Schlr Rbhg Schr. 11 Thlr. 22. 5., Dml Schbed 24 gr., Rf Hburg 1. D. 8 Thlr. 15 gr., Rd Eteny 2. D. 25 gr. 5 pf., Fez Brm: Porto beirug 13 gr. 5 pf., moniren Sie Pfy, da wir vorerst nichts thun können. — Bdmun P.-Rad: Ab. 2 fl. 5fr. Pap.

der Redaktion: Freund aus Bl.: Anonyme Zuschriften können keine Berücks. finden; sonst recht gern, und grade gegen B. würden wir gern vorgehen. — „Einer im Namen mehrerer Arbeiter“: Die Zeitschrift „Deutsches Volkengewerbe“, in Grünberg erschienen, halten wir nicht. — G. R. in Dresden: Das Gewünschte ist an Sie abgegangen. — H. L. Waldheim: Correspondenz; u. Aufsat mußten wegen Mangel an Raum leider zurückgestellt werden; die Fragen werden brieflich beantwortet.

Fond für pol. Gemäßigtheit.
F. Th. hier 1 Thlr., Hbl. hier 1 Thlr., T. Gellig 5 Thlr., Swistky Wörzburg 4 Thlr. 4. 5.

Genossenschaftsbuchdruckerei.
Anteilsscheine bz. Antjeilquittungen ertheilt ferner: In Hannover F 2 2. B B 1, F B 1, A 1, C H 2 Thlr., in Oefien C D 3 Thlr.

Anzeigen u.

Berlin Sozialdemokratische Arbeiterpartei.
Geschlossene Mitgliederversammlung:
Donnerstag, d. 2. April, Abends 8 Uhr, Prinzenstr. 72, bei Garius. T.-D.: Kassenangelegenheiten. Bericht. Wahl eines Agitationscomité's. Verschiedene innere Angelegenheiten.
Um recht zahlreichen Besuch bittet A. Heinsch, Beirrm.
Die rednerischen Kräfte erwarre bestimmt.

Berlin Metallarbeiter-Gewerkschaft.
Sonnabend, d. 4. April c., Abends halb 9 Uhr: Monatsversammlung, Auguststraße Nr. 80 bei Wacke. — Kassen- und Revisionsbericht. Der Congreß der Eisen- und Metallarbeiter in Hannover. An die Pflicht des volkshäligen und pünktlichen Erscheinens erinnert Der Bevollmächtigte.

Frankfurt a. M. Spengler-Fach-Verein.
Samstag, d. 4. April, Abends halb 9 Uhr: Hauptversammlung im Vereinslokale, K. Eisenheimerstr. 26. T.-D.: Anträge und Discussion unserer nächsten Delegirten-Versammlung — Die Mitglieder sind verpflichtet pünktlich und präcise zu erscheinen. W. Draeger, Bevollmächtigter, alte Rainiergasse 78.

Gera Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- u. Handarbeiter d. G.
Sonnabend, den 4. April, Abends 8 Uhr: Versammlung ans „Belvedere“. Allen Collegen zur Nachricht, daß unsere Krankenkasse in Kraft getreten ist und werden dieselben ersucht, sich zahlreich einzufinden. — Aufnahme neuer Mitglieder. D. B.

Leipzig Sozialdemokratischer Arbeiterverein.
Sonnabend, den 4. April, Abends 8 Uhr, bei Zidler: Geschlossene Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: Kassenbericht. Vereinsangelegenheiten. Mitgliedsarten sind vorzuziehen. Präsenzliste liegt auf. Alle Mitglieder müssen erscheinen. D. B.

Den 1. Osterfeiertag Nachmittags gemeinsamer Spaziergang nach Kleinjocher. Zusammenkunft um 2 Uhr in der Vereinsbrauerei, Admarsh punkt 3 Uhr.
Am 2. Osterfeiertag Ausflug mit Damen über Thonberg, Siedler, Holzhausen, Fuchshain nach Nauhof. Admarsh Vormittags 9 Uhr vom Gasthof zum Thonberg, wozu die Mitglieder der Arbeitervereine und Gesammten Genossenschaften von Reuditz, Thonberg, Siedler, Gr. und Kleinjocher, Plagwitz, Lindenau, Gohlis, Connewitz u. freundlich eingeladen werden. (Bei Regenwetter unterbleibt der Ausflug.)
J. A.: W. Finf.

Ljop... 1885 g. 16 02.

Leipzig Arbeiterbildungsberein.
Sonntag: 1-3 Uhr Zeichnen. Montag: Gesang, Turnen, Stenographie, Rechnen. Dienstag: Deutsche, englische und französische Sprache; Schönschreiben. Mittwoch: Diskussion oder Vortrag. Donnerstag: Gesang, Stenographie, Turnen, franz. Sprache. Freitag: Buchführung, engl. Sprache, Wechselkunde. Sonnabend: Vortrag oder Diskussion. [w.]

London Arbeiterbildungsberein.
Deutsche Section der Internationalen Arbeiterassoziation. 51 Blue Post Tavern, Newmark Street Oxford Street W. C. Versammlungsabende Mittwoch und Samstag. Jeden Dienstag englischer Sprachunterricht.
Der Sekretär:
m15) Léo Frankel, 13 Mortimer Street W.

New-York Section 1 der Internationalen Arbeiterassoziation (Allgemeiner deutscher Arbeiterverein) zu New-York versammelt sich jeden Sonntag Abends 8 Uhr im 10. Ward Hotel corner (Eck) of Broome & Forsyth Str.
Die Inhaber der Sammelisten Nr. 960, 1061, 1067, 1077 werden ersucht, dieselben an mich abzuliefern
W. Finf.

Social-Demokrat.
2. Jahrgang, erscheint in Hamburg einmal wöchentlich. Herausgegeben von Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. Preis 10 Sgr. pro Quartal. Alle Postämter nehmen Bestellungen an. [2a]

Die Gutfabrik-Genossenschaft
Kleine Fleischergasse 20
in Leipzig
empfiehlt ihr Lager in
Fitz- und Seidenhüten neuester Façon
zu den billigsten Preisen. — Reparaturen gut, schnell und billig. [3a]

Arbeits-Hosen.
Aecht Englisch Lederhosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr.
„ Cord-Hosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr.
„ Starke Stoff-Hosen à Stück 2 Thlr. 15 Sgr.
„ Militär-Drillhosen à Stück 1 Thlr.
„ Baumwollene feste Arbeits-hosen à Stück 27 1/2 Sgr.
empfiehlt

Louis Guttman
J. JN) No. 24 Grimmische Strasse in Leipzig No. 24.
Erschienen ist die Lieferung 6
Wittig, Ein Jahrhundert der Revolutionen.
Preis pro Lief. 5 Gr. = 17 1/2 tr. 100.
Expedition des „Volksstaat.“
Des Charfreitags halber wird mit dem Druck der Sonntags-Nummer bereits am Donnerstag (den 2. April) begonnen, was wir der Inserate wegen zu beachten bitten. Expedition des „V.“
Leipzig: Berann, Redakteur: M. Preißer. (Redaktion u. Expedition Betzerstr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.